

# Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

**Willems, Ulrich, Wertkonflikte: Wiesbaden, 2016**

Datum der Zweitveröffentlichung: 09.02.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Rezension

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-582532

## Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Willems, Ulrich, Wertkonflikte: Wiesbaden, 2016. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 70 (2018), Nr. 2, S. 323-326. DOI: 10.1007/s11577-018-0527-9.

## Verlagshinweis

This version of the article has been accepted for publication, after peer review (when applicable) and is subject to Springer Nature's AM terms of use, but is not the Version of Record and does not reflect post-acceptance improvements, or any corrections. The Version of Record is available online at: <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0527-9>.

## Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

# Wertkonflikte

**Ursula Hoffmann-Lange**

*Willems, Ulrich: Wertkonflikte als Herausforderung der Demokratie. Wiesbaden: Springer 2016. 347 Seiten. ISBN: 978-3-658-10300-2. Preis: € 59,99.*

Die vorliegende Habilitationsschrift von Ulrich Willems behandelt eine angesichts der rapiden Zunahme kultureller Heterogenität moderner Demokratien außerordentlich wichtige Thematik, nämlich den Umgang mit konfligierenden Wertvorstellungen. Als Beispiele werden unter anderen die Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbruch, Sterbehilfe und Eingriffe in das menschliche Erbgut behandelt. Das Buch ist zwar auf demokratische Gesellschaften beschränkt, jedoch darüber hinaus auch von Relevanz für nicht-demokratische Gesellschaften sowie zwischenstaatliche Beziehungen, die über keine oder zumindest keine demokratisch legitimiertem Institutionen zur Konfliktaustragung verfügen.

Im knappen ersten Kapitel wird die Abgrenzung zwischen Interessen- und Wertkonflikten diskutiert. Dabei wird deutlich, dass diese Unterscheidung nicht nur in der Natur der Sache liegt, sondern dass die Intensität von Wertkonflikten und ihre Bearbeitbarkeit nicht zuletzt von ihrer Thematisierung durch die beteiligten Konfliktparteien abhängen. Das ebenfalls kurze zweite Kapitel behandelt Wertkonflikte, die aus Statuskonflikten und Konflikten über unterschiedliche Muster der Lebensführung resultieren. Der Autor hält diese rein gruppenbezogene ältere Theorietradition für unzulänglich, da letztere nicht hinreichend zwischen verschiedenen Konfliktmaternen unterscheidet.

---

U. Hoffmann-Lange (✉)

Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Universität Bamberg  
Feldkirchenstraße 21, 96045 Bamberg, Deutschland  
E-Mail: ursula.hoffmann-lange@uni-bamberg.de

Das wesentlich umfangreichere dritte Kapitel befasst sich mit Theorieansätzen, die die Lösungschancen für Konflikte nach Policyfeldern differenziert. Diese gehen auf die Unterscheidung Theodore Lowis zwischen distributiven, redistributiven, regulativen und konstitutionellen Politikfeldern zurück, die Lowi zufolge objektiv unterschiedliche Konfliktkonstellationen generieren. Die Annahme, es gebe solche objektiven Faktoren, die die Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten determinieren, wird vom Verfasser in Frage gestellt.

Kapitel 4 behandelt Wertkonflikte als Kulturkonflikte zwischen Gruppen mit unterschiedlichen moralischen Orientierungen. Hier werden vor allem die Theorien von James Davison Hunter, Raymond Tatalovich und Alexander Smith sowie die Wertewandelstheorie Ronald Ingleharts berücksichtigt. Dabei kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass die Beziehung zwischen Gruppenzugehörigkeit und kulturellen Orientierungen meist nicht besonders eng ist und diese zudem nicht zwangsläufig zu schwerwiegenden Wertkonflikten führen.

Kapitel 5 behandelt die Charakteristika und Dynamiken von Wertkonflikten. Zunächst konstatiert der Verfasser, dass heutige Konflikte, wie der um die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs, nicht immer und überall als Wertkonflikte thematisiert worden sind. Die Chancen einer Lösung solcher Konflikte durch Konsens, Verhandlungen und Kompromiss sind vor allem dann gering, wenn es sich bei einer sozialen Praxis aus Sicht einer der Konfliktparteien um ein grundlegendes moralisches Übel handelt, dessen Legalisierung sie nicht zu tolerieren bereit ist. Dies kann leicht zu einer Verschärfung des Konflikts, einer Vertiefung des Grabens zwischen den Konfliktparteien und einer Entgrenzung der Handlungsmittel führen, z. B. zu tätlichen Angriffen auf Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In solchen Fällen ist der in Demokratien übliche Konfliktregelungsmechanismus einer Entscheidung durch Mehrheitsbeschluss nicht anwendbar, da die Legitimität von Mehrheitsentscheidungen in solchen Fragen strittig ist. Hierin liegt nach Dafürhalten des Verfassers die im Titel thematisierte Herausforderung der Demokratie. Die konkrete Ausprägung solcher Konflikte hängt s. E. jedoch sehr stark von kulturellen wie auch politischen Voraussetzungen ab. Verläuft die zentrale Konfliktlinie in einem Parteiensystem entlang des Links-Rechts-Cleavages, sind die Bedingungen für die Entstehung eines parteipolitisch verfestigten Wertkonflikts selten gegeben, da die großen Volksparteien im Hinblick auf solche moralischen Fragen selbst heterogen sind. Auch ist die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation von Wertkonflikten in den parlamentarischen Systemen Europas und Kanadas weniger hoch als in den USA, wo eine striktere Gewaltenteilung in Verbindung mit nur lose organisierten Parteien kleineren Interessengruppen wesentlich bessere Möglichkeiten zur Stilisierung von Materien als Wertkonflikte bietet.

In Kapitel 6 stellt der Verfasser alternative Verfahren und Institutionen zum Umgang mit Wertkonflikten vor. Der Erfolg solcher Verfahren, beispielsweise des Verzichts auf die Ausübung von Fraktionsdisziplin in moralischen Fragen, der Berufung von Expertenkommissionen oder Mediation, hängt letztlich von den Chancen ab, die entsprechende Konfliktmaterie in einen verhandlungsfähigen Interessenkonflikt umzudefinieren. Diese verbessern jedoch auf jeden Fall die Rahmenbedingungen der Konfliktbearbeitung, da sie das Informationsniveau über die Konfliktmaterie erhöhen und die Entstehung einer Vertrauensbasis zwischen den Konfliktparteien begünsti-

gen. Andererseits bringen diese Verfahren meist eine Kostenasymmetrie mit sich, beispielsweise die Einführung einer finanziellen Unterstützung aus Steuermitteln für abtreibungswillige Frauen bei Verzicht auf einen Schwangerschaftsabbruch.

In Kapitel 7 werden Kompromisslösungen und deren Erfolgsbedingungen diskutiert. Eine teilweise Koinzidenz der Interessen, eine Vertrauensbasis zwischen den Konfliktparteien sowie geteilte Normen über den Umgang mit Konfliktsituationen und die Bereitschaft zu einem fairen Kompromiss sind wichtige Voraussetzungen für eine einvernehmliche Lösung. Die Stabilität von Kompromissen wiederum hängt davon ab, ob die gefundene Regelung für beide Seiten vorteilhafter ist als eine Aufrechterhaltung des Konflikts.

Die Möglichkeit von Kompromissen in moralischen Fragen ist in der Literatur vielfach bestritten worden. Andererseits geht es nach Dafürhalten des Verfassers bei solchen Konflikten in der Regel mehr um konkrete soziale Praktiken als um die moralischen Prinzipien selbst, was die Chancen der Kompromissfindung erhöht. Zudem spielen auf jeder Seite auch noch weitere Werte eine Rolle, da beispielsweise die meisten moralischen Systeme auch der Kooperationsbereitschaft und der Vermeidung von Gewalt einen hohen Rang einräumen. Insofern gibt es für die Konfliktparteien in der Regel auch gute Gründe für die Suche nach einem Kompromiss. Allerdings ist wichtig, dass der gefundene Kompromiss dann auch von beiden Seiten akzeptiert werden kann. *Inklusive Kompromisse*, wie die deutsche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (rechtswidrig, jedoch nach Beratung straffrei), sind dabei vorteilhaft, da sie eine grundsätzliche Anerkennung der Legitimität der unterschiedlichen Positionen beinhalten.

In Kapitel 8 werden schließlich die Ansätze von Rawls, Habermas sowie Gutmann und Thompson zum Umgang mit konfligierenden Moralvorstellungen behandelt. Die von Rawls und Habermas entworfenen Modelle eines rationalen Umgangs mit moralischem Dissens leiden Willems zufolge daran, dass die von ihnen diskutierten Lösungen, nämlich der Rückgriff auf öffentliche Vernunft oder die Verweisung strittiger sozialer Praktiken in den Bereich des Privaten, von einer oder sogar beiden Konfliktparteien abgelehnt werden können. Gutmann und Thompson plädieren demgegenüber für einen „wechselseitigen Respekt“ der beiden Konfliktparteien und die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung. Sofern eine solche nicht gefunden werden kann, empfehlen sie die Anwendung einer qualifizierten Mehrheitsregel, um knappe Entscheidungen auszuschließen. Letztlich hält Willems jedoch alle drei Ansätze für unzureichend, da in pluralistischen Gesellschaften Werte zumindest teilweise inkommensurabel, inkompatibel und inkomparabel sind (S. 295). Eine befriedigende Regelung von Wertkonflikten kann daher immer nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Kontext gesucht und gefunden werden.

Im Abschlusskapitel unterstreicht der Verfasser nochmals, dass dieselbe Materie nicht überall und zu allen Zeiten mit tiefgreifenden Konflikten einhergehen muss. Zudem kann der Kreis von Materien, die zu Wertkonflikten führen, theoretisch nicht eingegrenzt werden. Für die heutigen westlichen Demokratien unterscheidet er sechs Themencluster, die häufig zu Wertkonflikten führen: Rechtliche Diskriminierung, die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten zu Eingriffen in die Natur (z.B. Gentechnik oder künstliche Befruchtung), Umgang mit der Natur, Umgang mit technischen Risiken, rechtliche Regulierung der moralischen Infrastruktur (z.B.

Strafbarkeit von Drogenkonsum, Todesstrafe) sowie Konflikte um kulturelle Rechte (z. B. religionspolitische Fragen, Gruppenrechte).

Als Fazit bleibt damit die alte Erkenntnis, dass die politische Regelung von Wertkonflikten letztlich eine Bereitschaft der beteiligten Akteure zur Anerkennung unterschiedlicher Interessenlagen, Wertorientierungen und Sichtweisen voraussetzt. Gleichzeitig ist das Buch eine Absage an Versuche, universell geeignete Institutionen und Verfahren für die Bearbeitung solcher Konflikte zu bestimmen, da es immer auf die konkrete Konfliktsituation und die beteiligten Akteure ankomme.

Das Buch bietet einen breiten, differenzierten und systematischen Überblick über die einschlägigen Theorien. Allerdings hat sich der Verfasser dabei auf neuere theoretische Arbeiten beschränkt. Ältere demokratietheoretische Arbeiten werden nicht daraufhin untersucht, inwieweit sich diese auch mit Wertkonflikten befassen haben. Insbesondere vermisst man die mangelnde Berücksichtigung konkordanzdemokratischer Ansätze, die institutionelle Lösungen für Wertkonflikte in pluralistischen Gesellschaften vorgeschlagen haben. Dahrendorfs konflikttheoretische Arbeiten werden noch nicht einmal erwähnt. Zudem sind die Beispiele überwiegend auf Konflikte beschränkt, die mit dem traditionellen religiös-säkularen Cleavage zusammenhängen, während brisante aktuelle politische Konfliktmaterien, wie Immigration oder der Umgang mit dem Islam, ausgespart bleiben.

Auf Grund der hochgradigen Abstraktheit der Abhandlung ist das Buch keine einfache Lektüre. Zwar werden die diskutierten Lösungsansätze immer wieder anhand von Beispielen konkretisiert. Im Vordergrund stehen aber komplexe theoretische Überlegungen. Das Buch kann seinen Charakter als Habilitationsschrift nicht verleugnen. Das ist schade, da dies den Kreis potenzieller Leser einschränkt. Dabei ist die behandelte Thematik gerade angesichts der zahlreichen Wertkonflikte in den heutigen Demokratien sowie der zunehmenden politischen Gewaltbereitschaft überaus relevant. Insofern wäre dem Verfasser anzuraten, zusätzlich eine kürzere Publikation ins Auge zu fassen, in der die theoretischen Fragestellungen auf das Wesentliche beschränkt und an Hand von Beispielen stärker veranschaulicht werden. Eine solche hätte die Chance auf ein breiteres öffentliches Echo. In der vorliegenden Fassung ist das Buch primär für Sozialwissenschaftler wichtig, die sich vertieft mit der Problematik von Wertkonflikten und deren Lösung auseinandersetzen möchten.

**Ursula Hoffmann-Lange** Professorin für Politikwissenschaft i.R. an der Universität Bamberg. Letzte Veröffentlichung: *Democratic Quality and Legitimacy in the TRU Countries*. In: *Democracy Under Threat*. Cham 2018 (zus. mit Dirk Berg-Schlusser).